

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
auf Annahme einer Entschließung

Berlin ist Regenbogenhauptstadt und Freiheitszone für LSBTIQ*

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Berlin wird, entsprechend der Resolution des Europaparlaments vom 11. März 2021, zum Frei- und Schutzraum für LSBTIQ*.

Das Abgeordnetenhaus verurteilt das Vorgehen der Regierungen in Polen und Ungarn gegen die Rechte von LSBTIQ*, mit dem die Charta der Grundrechte der Europäischen Union und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte eindeutig missachtet werden.

Als Zeichen dafür wird künftig am „Internationalen Tag gegen Homo-, Bi-, Trans- und Interfeindlichkeit“ (IDHOBIT) am 17. Mai und während des Pride-Monats die Regenbogenflagge vor dem Abgeordnetenhaus gehisst.

Das Abgeordnetenhaus fordert darüber hinaus den Senat auf,

- weiterhin aktiv Maßnahmen zur rechtlichen Gleichstellung und für den Schutz von LSBTIQ*, zur Förderung der Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt sowie zur Sanktion von Mechanismen der strukturellen Diskriminierung zu ergreifen und bestehende Maßnahmen kontinuierlich weiterzuentwickeln;
- die Zusammenarbeit mit den politischen Partner*innen in den Partnerstädten Berlins wie Budapest und Warschau, aber auch außerhalb der EU, etwa Moskau, zu intensivieren und den Austausch mit LSBTIQ*-Aktivist*innen vor Ort durch Kontakte der Zivilgesellschaft zu unterstützen;
- die erfolgreiche Zusammenarbeit innerhalb des Rainbow-Cities-Netzwerkes zu intensivieren und weiterhin gemeinsame Maßnahmen und städteübergreifende Modellprojekte zum

Schutz vor Diskriminierung und zur Förderung der Gleichbehandlung von LSBTIQ* zu ergreifen;

- die Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt auch in anderen Städtenetzwerken, in denen Berlin Mitglied ist, aktiv zu befördern.

Dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. Dezember 2021 zu berichten.

Begründung:

In den vergangenen Jahren sind die Rechte von LSBTIQ* in Teilen der Europäischen Union dramatisch eingeschränkt worden, insbesondere in Polen und Ungarn.

Seit 2019 haben sich in Polen über 100 Woiwodschaften, Landkreise und Gemeinde als frei von einer sogenannten „LGBTI-Ideologie“ erklärt oder sich einer LSBTIQ*-feindlichen sogenannten „Regionalen Charta der Familienrechte“ angeschlossen. LSBTIQ*-Aktivist*innen sind in Polen zunehmend staatlicher Repression und Verfolgung ausgesetzt.

Auch in Ungarn hat mit Nagykáta eine Stadt eine Entschließung verabschiedet, die sich gegen eine behauptete „Verbreitung und Förderung von LGBTI-Propaganda“ richtet. Die Angriffe der Orbán-Regierung auf LSBTIQ* nehmen unterdessen weiter zu. Zuletzt kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Europäischen Union und der ungarischen Regierung über ein homo- und transfeindliches Gesetz, das die Aufklärung über LSBTIQ* in Ungarn verhindern soll. Viktor Orbán hat nun angekündigt, in einem Referendum über das Gesetz abstimmen zu lassen.

LSBTIQ*-Feindlichkeit ist derweil kein exklusives Problem von Polen und Ungarn. In vielen EU-Staaten werden LSBTIQ* nach wie vor staatlich diskriminiert. Für viele LSBTIQ* zählt die Erfahrung von Ausgrenzung und Gewalt zum Alltag. Belege dafür finden sich u.a. in einer Studie der EU-Grundrechte-Agentur aus dem Jahr 2020. Suizidraten vor allem unter jungen LSBTIQ* und besonders bei Trans-Personen sind erschreckend und machen den dringenden Handlungsbedarf deutlich. Auch in Deutschland ist auf dem Weg zur Emanzipation queerer Menschen noch vieles zu leisten: Das zeigte u.a. die Auseinandersetzung um das sogenannte „Transsexuellengesetz“. Bemühungen um eine Reform desselben und die Entschädigung für erlittenes Unrecht in diesem Zusammenhang waren jüngst gescheitert.

Im März 2021 hat das Europaparlament eine Resolution verabschiedet, in der das Parlament die EU zur „LGBT Freedom Zone“ erklärt und in der konkrete Maßnahmen erläutert werden, um die Situation von LSBTIQ* innerhalb der EU zu verbessern. Die EU-Kommission hat angekündigt, die EU bis 2025 zu einer „Union of Equality“ zu entwickeln und hat zu verschiedenen Anlässen die Konfrontation mit Polen und Ungarn über LSBTIQ*-Rechte gesucht, etwa bei der Verweigerung von Geldmitteln für polnische Städte im Rahmen des EU-weiten Städtepartnerschaftsprogramms oder dem zuletzt angekündigten Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen und Ungarn. Leider sind die bisherigen Fortschritte beim Schutz von LSBTIQ* in der EU und darüber hinaus begrenzt; oftmals waren in der jüngeren Vergangenheit Verschlechterungen zu beobachten.

Berlin trägt als Regenbogenhauptstadt mit dem Anspruch von Weltoffenheit und Toleranz eine besondere Verantwortung. Mit der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV), die 94 Maßnahmen umfasst, geht

Berlin als Vorreiterin für queere Rechte und Gleichberechtigung voran. Diese Vorbildfunktion muss Berlin auch im Rahmen seiner internationalen Beziehungen und Städtepartnerschaften ausfüllen.

Berlin, d. 31. August 2021

Saleh Kühnemann-Grunow
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Helm Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Kofbinger Walter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen